

Verlagsort: Breslau, 1, Mittelstraße 49/50.

Schlesische

Druck- und Verlagsanstalt: Die Besonderen Abnehmerpreise über deren Name 0,20 RM, abwärts 1,00 RM.

Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale).

Einzelnummer 25 Pf. Durchschn. Träger 1,40 RM für die Woche, 6.-RM für den Monat.

Verlagsort: Breslau, 1, Mittelstraße 49/50.

Druck- und Verlagsanstalt: Die Besonderen Abnehmerpreise über deren Name 0,20 RM, abwärts 1,00 RM.

Gewerkschaftler, Arbeiter, Angestellte und Beamte!

Am Freitag, den 17. Dezember 1920, abends 7 Uhr, spricht Genosse Klein-Hamburg über **Eroberung oder Zerstörung der Gewerkschaften**

Erscheint in Massen!

im „Central-Saal“, Westendstraße.

Erscheint in Massen!

Der Aktionsausschuß B. S. W. D.

Ortsgruppe Breslau.

Politische Uebersicht.

Die Beamten-Bewegung.

Nebenarten des Vorstandes des Deutschen Eisenbahnerverbandes.

Es wird gemeldet: Der erweiterte Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes hat am Sonntag und am Montag in Berlin Beratungen abgehalten, aus denen folgendes mitgeteilt wird: Die am 12. und 13. Dezember in Berlin tagende Sitzung des erweiterten Vorstandes des Deutschen Eisenbahnerverbandes erklärt nach eingehender Aussprache über den Stand der Lohn- und Gehaltsfragen, daß die erfolgte geringe Ausbesserung der Löhnerhöhungen für die Beamten den bestehenden Tarifverhältnissen fernwegs Rechnung trägt. Das gilt auch in Bezug auf die in Aussicht stehende gleiche oder ähnliche Ausbesserung der Bezüge für die Arbeiter. Der erweiterte Vorstand beauftragt den engeren Vorstand, alle Verhandlungsmöglichkeiten zu erschöpfen und eine entsprechende Erhöhung der Bezüge aller Lohn- und Gehaltsempfänger herbeizuführen. Sollten diese scheitern, so hat der engerer Vorstand mit den übrigen in Betracht kommenden Faktoren in Verbindung zu treten und zu dem ihm geeignetsten Zeitpunkt den Streik zu erklären und durchzuführen.

Dieser Standpunkt des Vorstandes des D. E. V. ist ein Verstoß an den Eisenbahner. Man will den Streik nicht, will verhandeln, aus dem nichts herauskommen wird — das Nachsehen haben die Eisenbahner, die, wenn sie sich vor dem Hunger, dem Untergang retten wollen, zur Aktion schreiben müssen — über die Köpfe der Kollegen hinweg.

Während die Beamten in Berlin sich durch ihre Forderungen und allerlei Regierestrichungen bisher davon abhalten ließen, sich durch entschlossenes Vorgehen an der Seite mit der Arbeiter- und Angestelltenbewegung zu ergreifen, was ihnen Regierung und Reichstag verweigern, haben die Beamten in der Gegend des Wuppertales von Anfang an eine viel entschiedener Haltung eingeschlagen. Die aus Barmer Gerichte wick, protestierte die Wuppertaler Beamtenbewegung in jenen gewaltigen Kundgebungen gegen die Behandlung der Beschäftigten durch die Regierung und Reichstag. In dem Beamtenabstufungstest in Essen wurde das Ersuchen gestellt, im rheinisch-westfälischen Industriegebiet sofort eine Demonstration über den Streik herbeizuführen. An die Reichsregierung ging ein Telegramm, worin gesagt wird, daß die Beamtenbewegung die Androhung des Reichsjustizministers als einen Eingriff in die verfassungsmäßig gewährleistete Koalitionsfreiheit betrachtet und es sich nicht nehmen lasse, lebensnotwendige Forderungen auch mit dem letzten Mittel durchzusetzen. Ferner wird die Beamtenbewegung des Industriegebietes gegenüber dem übrigen Reich vorgehen. Vor allem bezieht man die Eisenbahn Oberfelds, Barmer und Langenfelds in die höhere Drückstufe als dringend erforderlich. Dem Deutschen Beamtenbund wurde ein Kampfkommunikat ausgespielt.

L. K. meldet aus Dresden vom 14. Dezember: Hier verlangt die höchste Eisenbahner bei Nichterfüllung ihrer Forderungen heute oder morgen in den Aufstand treten wollen. Eine Beilegung dieser Angelegenheit steht nicht zu erwarten. Im Reichsgerichtsverfahren war bisher auch heute vorzeitig noch nichts Bekanntes bekannt, doch zweifelt man nicht an der Richtigkeit der Meldung. Eine ähnliche Meldung liegt beim Reichsgericht in Leipzig vor. Die dortigen Eisenbahner gehen auch weiter. Auch hier eingeleiteten Verhandlungen sollen so ein ultimatives Ultimatum gestellt

haben und sich gleichzeitig in einer Entschliessung von den Beamtenorganisationen losgesagt haben.

Hannover, 12. Dezember. (Z. N.) Das Ortskartell Hannover des Deutschen Beamtenbundes hatte zu Sonnabend eine öffentliche Protestversammlung der Beamtenschaft einberufen. In einer Entschliessung, die einstimmig angenommen wurde, legten die versammelten Beamten Verwahrung ein gegen die von der Regierung und dem Reichstag beschlossenen Maßnahmen zur Beseitigung der unter der Beamtenschaft herrschenden Notlage. Die Versammlung richtet an Regierung und Reichstag die dringende Warnung, sich von der Not der Beamtenschaft nicht länger zu verblenden. Bei weiterer ablehnender Haltung dieser Instanzen werden alle Folgen diejenigen zu verantworten haben, die zur Beseitigung der Not ihre Zustimmung versagt haben.

Magdeburg, 13. Dezember. Die hier versammelten Vertreter der 26 Ortsgruppen der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und -angewandter im Direktionsbezirk Magdeburg tadelten scharf den Beschluß des Vorstandes des Deutschen Beamtenbundes und verlangten den Austritt aus dem Deutschen Beamtenbunde und den Anschluß an den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund. Ferner wurde der Beschluß der erweiterten Vorstandssitzung der Reichsgewerkschaft: „Sofortige Schaffung eines Kampffonds und sofortige Beseitigung der Arbeitslosigkeit über Anwendung des letzten gewerkschaftlichen Mittels, falls die Forderungen des Deutschen Beamtenbundes als Mindestforderungen von der Regierung nicht reflex bewilligt werden“, als bitterste Notwendigkeit bezeichnet. Durch keine Regierungsmahnmahnen ließen sich die Eisenbahnbeamten des Bezirks Magdeburg von ihrem Vorhaben abhalten oder sich das verfassungsmäßig garantierte und ihnen zustehende Koalitionsrecht beschneiden. Zeitweilig wurden abgelehnt; es konnte nur ein Streik für das ganze Deutsche Reich in Frage.

Und auf dem Lande?

Reidung: Nach Anordnung des Reichsjustizministeriums am 17. Dezember in allen deutschen Großstädten die Durchsuchungen nach ablieferungsunfähigen Waffen. Obwohl das Ergebnis der freiwilligen Ablieferungsausschüsse ein glückliches war, so nimmt die Entlassungsbehörde doch an, daß etwa ein Fünftel der Waffen noch verstreut gehalten werden.

Auf dem Lande, wo die Waffen tatsächlich finden, wird natürlich niemals eine Waffendurchsuchung stattfinden. Demokratien!

Blamage.

Preßmeldung: Der vom Reichsfinanzminister eingeführte besondere Sparanleihekommissioner Dr. Carl wird zurückgetrieben. Als Grund wird angegeben, daß Dr. Carl nicht einmal im Finanzministerium die Anweisung gefunden hat, die er für ein erfolgreiches Schaffen unbedingt gebraucht hätte.

Die Herren Unternehmer.

Die Opelwerke in Rüsselsheim im Großraum Hessen haben bis auf weiteres ihren Betrieb stillgelegt. Kameradschaftler in den Fabriken teilen mit, daß die Entlassung sämtlicher Arbeiter und Angestellten erfolgt, da die von den Arbeitern geforderte wirtschaftliche Beihilfe von 1000 Mark nicht bewilligt werden kann, da für etwa 4000 Arbeiter und Angestellte in Frage kommt. Der Aufschub der Ordnung der Beamtenschaft bereitgestellt worden. Das Kommerzienrat Kapitalisten das Land der Arbeiter, bei der gestülpen. Es ist von Bremen zu, entlassen die Reichsjustiz - und Beamtenschaft, selbst ihre „nationalistischen“ Handlungen.

Der Kampf in der Tschecho-Slowakei.

Der nationalsozialistische Rummel in der Tschecho-Slowakei ist rasch verflohen und hat ernstlichen sozialen Kämpfen Platz gemacht. Noch nicht lange ist es her, daß die Karodni Listy (das Regierungsorgan) sich die Mühe gegeben, Demonstrationen des nationalsozialistischen Faschismus heraufzubeschwören und die Straße für ihre Zwecke in Bewegung gesetzt hat. Aber die nationalsozialistischen Phrasen machen die hungernden Proletarier nicht satt, und schon während des nationalsozialistischen Nummels mußte die Bourgeoisie in der Tschecho-Slowakei erkennen, daß die Arbeiter nicht gesonnen sind, für den nationalen Chauvinismus Aktionen zu führen, sondern nur für ihre eigenen Zwecke. Während dieser nationalsozialistischen Demonstrationen unternahm es die Arbeiter zum Schrecken der Bourgeoisie, Wohnungen im Villenviertel von Prag zu beschlagnahmen, so daß sich die nationalsozialistischen Drahtzieher veranlaßt sahen, die nationalsozialistischen Demonstrationen abzubrechen, um nicht die soziale Spannung in der Tschecho-Slowakei zu einer Entladung zu bringen.

Die Lage in der Tschecho-Slowakei ist für die Arbeiter unter der Herrschaft des kapitalistischen Systems ebenso unfriedlich und hoffnungslos, wie in Deutschland. Die Staatswirtschaft befindet sich trotz der Zwangsenteile und anderer Finanzmanöver in einer schweren Krise. Formell ist zwar das Budget der Tschecho-Slowakischen Republik im Gleichgewicht, aber die Staatsausgaben müssen mit ihrem Hunger für das Gleichgewicht des Budgets sorgen. Zur Krise der Staatswirtschaft tritt die allgemeine Krise der kapitalistischen Produktion. Die Entlohnung der Arbeiter ist entschieden gering. Die Zahl der Arbeitslosen, die völlig unzureichend unterhalten werden, wächst täglich. Die auf dem Staat angewiesenen Schichten der Bevölkerung außer den Beamten, die Legionäre und Invaliden hungern ebenso wie die Arbeiterschaft. Dazu tritt die Steigung in der Nahrungsmittelförderung, die durch das wuchernde Betragen der Großgrundbesitzer hervorgerufen wird. Das ist die soziale Grundlage, auf der sich die Aktion der tschechischen Kampfkommunisten der Arbeiterschaft abspielt.

Die Regierung Czerny ist zum Angriff gegen die Arbeiterschaft vorgegangen. Ihre realistische Bewegung zeigt sich, als sie das Wahlrecht der tschechischen Legionäre rauben wollte, weil sie die Radikalisierung der Legionäre fürchtete. Nun hat sie, veranlaßt von den nationalsozialistischen Rechtsozialisten, deren nationaler Chauvinismus und deren gegenrevolutionäre Gesinnung jetzt während der Aktion besonders erscheint, eine freche Provokation der revolutionären Arbeiterbewegung gewagt. Sie hat mit Gewalt das Prager Volkshaus besetzen lassen und das Organ der radikalen Arbeiterbewegung gerammt, um beide den nationalsozialistischen Sozialisten in die Hände zu spielen.

Dieser Angriff hat den spontanen Widerstand der tschechischen Arbeiter in der Tschecho-Slowakei hervorgerufen. Der Streik im Modaner Bezirk, dem die allgemeine Streikbewegung nachfolgte, setzte sofort auf die Forderung von diesem Gewaltstreik hin ein. Die Massen kamen in Bewegung. In dieser Situation war es die Pflicht aller Parteigruppen in der Tschecho-Slowakei, die Führung des Kampfes zu übernehmen und die aus der Empörung hervorgehenden Massen der revolutionären Regierung gegenüber zu verhalten. Die Arbeiter in einer großen einheitlichen Aktion zu verbinden und dem Kampf ein einheitliches kommunistisches Ziel zu geben.

Wapryt Grasen haben in nächster Zeit die Situation im Lande auf eine hohe Ebene zu heben. Die Forderung der Rückgabe der gesamten Parteifunktion und der Veränderung der Führung ist entscheidend. Sie haben die Massen nicht als einen Parteikampf zwischen zwei Fraktionen der Arbeiterschaft, sondern als einen Kampf zwischen den Klassen zu verstehen.

gerungspolitik und gegen die Macht der Bourgeoisie, für die grundsätzlichen Forderungen der Arbeiterschaft übergegangen. Unter ihrem einheitlichen und gestärkten Parolen wird die Aktion in den Streikbezirken geführt. Im allgemeinen verläuft diese Aktion in den Formen des Generalstreiks. In einzelnen Bezirken ist es zu Besetzungen von Fabriken, von Elektrizitätswerken gekommen. Im Radnoer Bezirk ist die Besetzung des Großgrundbesitzes beschlossen und zum Teil bereits durchgeführt. In diesem Bezirk scheint die Aktion bereits in jenes Stadium getreten zu sein, in dem es kein Zurück mehr gibt.

Der Parteivorstand in Prag hat an die Solidarität der Arbeiterbewegung in der Slowakei und in Deutsch-Böhmen appelliert. Auf diesen Appell hat die Arbeiterschaft Deutsch-Böhmens mit prachtvoller Entschlossenheit geantwortet. In den wichtigsten Industriegebieten Deutsch-Böhmens ist sie in den Streik zur Unterstützung der allgemeinen Forderungen eingetreten. Sie hat Aktionsausschüsse gebildet, die den Besetzungen der Zentrale in Prag folgen.

Alle kleinen Differenzen, die zwischen der radikalen Arbeiterbewegung in Deutsch-Böhmen und der tschechischen radikalen Arbeiterbewegung noch bestanden, sind verschwunden. In einer geschlossenen Kampffront marschieren die deutschen Proletarier mit den tschechischen Proletariern in der Tschechoslowakei.

Im Kampfe ist das Band der internationalen Solidarität geschmiedet worden. Wenn es der revolutionären Arbeiterbewegung in der Tschechoslowakei in diesem ersten Anlauf nicht gelingen sollte, die Positionen des Kapitalismus zu erfürmen, so wird er auf jeden Fall mit einem großen Erfolge zu Ende gehen; auf jeden Fall wird von nun an ein echtes Band der internationalen Solidarität die revolutionären deutschen und tschechischen Arbeiter zusammenschließen.

Die Prager Regierung und mit ihr die gesamte gegenrevolutionäre Presse bis zu den deutschen Rechtsunabhängigen bemühen sich nach Kräften, die Bedeutung und den Umfang des großen Kampfes der revolutionären Arbeiter in der Tschechoslowakei zu verkleinern. Aber die Verhängung des Belagerungszustandes über die wichtigsten Industriegebiete durch die Prager Regierung zeigt deutlich genug, wie ernst die Regierung Czernys, die durch ihren frechen Angriff gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung geschaffene Situation einschätzt.

Zum ersten Male sieht das Proletariat der Tschechoslowakei, stehen die revolutionären deutschen und tschechischen Arbeiter Schulter an Schulter im Nachtkampfe gegen die Regierung der bürgerlichen Republik, gegen die Herrschaft der Bourgeoisie überhaupt. Die deutschen revolutionären Arbeiter wissen aus den Erfahrungen eines zweijährigen Kampfes, daß die Macht des kapitalistischen Systems nicht in einem Anlauf zu brechen ist und daß der ununterbrochene Kampf für die Bewirtlichung der kommunistischen Ziele manches Auf und Ab, manchen Sieg und manche Niederlage in sich schließt. Mit um so größerer Anteilnahme verfolgen sie den tapferen Kampf der Proletarier in der Tschechoslowakei, da sie wohl erkennen können, welchen Mut, welche Tapferkeit, welche Entschlossenheit und welche Opferwilligkeit es von ihnen erfordert. Und wenn heute der Kampf der Proletarier der Tschechoslowakei zu uns hinüberdringt, es lebe die Weltrevolution, so antworten wir ihnen über die Grenzen mit denselben stolzen Rufe:

Es lebe die Weltrevolution!

Das freitende Proletariat hat folgende Forderungen aufgestellt:

1. Sofortige Einstellungen aller Verfolgungen der Kampfwilligen Arbeiterbewegung.
2. Sofortige Räumung des Volkshomes in Prag von der Polizei und Gendarmerie und Rückführung in die Hände der Arbeiterschaft.
3. Einstellung der Verhaftungen und Entschädigung der verdammten Arbeiter.
4. Rücktritt der Regierung Czernys, die gesteht hat, daß sie nur ausschütendes Organ ist, hinter welchem die alte Regierung der Enten, Hirscher und Sockla steht, die auch vor dem Vergehen von Arbeiterblut nicht zurückzusehen.
5. Einstellung der Konstitutionen und sofortige Durchführung der politischen Versammlungs- und Vereinsfreiheit.
6. Sofortige Durchführung der Arbeiterkontrolle über die ganze Produktion. Einsticht in die Bilanz und Bücher auf den Großgrundbesitzern und Kontrolle durch die Betriebsräte oder Fabrikschlichter. Einrichtung von Betriebsräten. Es darf diese Kontrolle vorantrieben werden, sind die Arbeiter berechtigt, sofort eine wenigstens 50proz. Lohnsteigerung mit Rücksicht auf die steigende Lebenshaltung anzufordern. Der auf einer halben Woche anzusetzende Betrag dieser Steigerung muß dann zu Rückzahlungen ausgeht werden.
7. Uebernahm durch die Arbeiterschaft die Kontrolle der Lebensmittelversorgung zu übernehmen.
8. Alle überflüssigen Betriebe und Betriebe sind für jetzt zu beschlagnahmen, die keine Nahrung haben.

Der „Rathenberger Sozialist“ schreibt dazu am Sonntag: Arbeiter und Arbeiterinnen! Die große Seite der letzten Revolution, der Revolution der Revolutionen, die nicht mehr ein bloßer Kampf der Parteien ist, sondern ein Kampf der Klassen, es ist, nicht mehr ein Kampf der Parteien, sondern ein Kampf der Massen und der Massen, sondern ein Kampf der Massen und der Massen. Die große Seite der letzten Revolution ist ein Kampf der Massen und der Massen. Die große Seite der letzten Revolution ist ein Kampf der Massen und der Massen.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Die große Seite der letzten Revolution, der Revolution der Revolutionen, die nicht mehr ein bloßer Kampf der Parteien ist, sondern ein Kampf der Klassen, es ist, nicht mehr ein Kampf der Parteien, sondern ein Kampf der Massen und der Massen, sondern ein Kampf der Massen und der Massen. Die große Seite der letzten Revolution ist ein Kampf der Massen und der Massen.

von Eurem Mut, Eurer Entschlossenheit, Eurer Tapferkeit und Opferwilligkeit ab.

Auf in den Kampf!

Setzt die Arbeit nieder! Setzt Betriebsräte ein!

Es lebe die internationale Solidarität!

Es lebe die Weltrevolution!

Sächsishe Grenze, 13. Dezember. Die Arbeiterschaft der metallarbeitenden Industrie in der Tschechoslowakei hat beschlossen, überall die Sozialisierung durchzuführen. Betroffen sind vorläufig die Lokomotivfabriken in Schlan, in der die Arbeiter die Direktion absetzten und den Betrieb übernahmen. Die Telefonstellen wurden besetzt. Auch die Zuckersfabrik in Studnoviec, die landwirtschaftliche Maschinenfabrik in Lieben bei Prag und die Ventilatorenfabrik in Radotin wurden ebenfalls von den Arbeitern übernommen. Die Regierung war genötigt, überallhin Militär zu entsenden. Auch die Schöckel'sche Zuckersfabrik in Lischowitz bei Prag wurde von den Arbeitern sozialisiert und ein Betriebsrat eingesetzt.

Saun, 13. Dezember. Im ganzen Sauner Bezirk wird auf den landwirtschaftlichen Gütern gestreikt. In Budweis ist der Generallstreik im Gange.

Kladno, 13. Dezember. Am Sonntag fand eine Versammlung der Vertrauensmänner der Arbeiterschaft statt, in der die Wahl von Revolutionsräten beschlossen wurde.

Die Allianz der Reaktion.

Die „Freiheit“ veröffentlicht umfangreiches Material über die monarchistischen und konterrevolutionären Bestrebungen, die von Bayern und Ungarn ausgehen. Die Seele der ganzen Bewegung ist danach der seitdem bekannte Oberst Bauer, der Intimus Ludendorffs und der

Keine Partei hat je das Recht auf bewaffneten Widerstand, unter gewissen Umständen, verweigert, ohne zu ärgern. Keine hat auf dies äußerste Recht je verzichten können.

Kommt es aber erst darauf an, die Umstände zu diskutieren, für die eine Partei sich das Recht vorbehält, so hat man gewonnenes Spiel. Das geht vom Bundesrat ins Zaunrecht. Und namentlich eine rechte erklärt, alle von oben herab auf die Revolution direkt angewiesene Partei. Solche Rechtslosentwürfe kann sich täglich wiederholen, wie sie schon einmal gekommen. Einmal solche Partei eine solche bedingungslose Erklärung abzugeben, ist rein widerwärtig.

Freiebr. Engels, 18. November 1884.

Hauptleiter des Kapp-Putsch. Weiter sind in diese Angelegenheit verwickelt: Der Major Stefan, der bekannte Führer der „Borbars“-Parlamentäre, der internationale, vielgenannte Spigel Treiblich-Vincos und ungarische weißgardistische Offiziere, wie Major Bronay, Schardt, Humbert und nicht zu vergessen, der Admiral Horthy, zu denen dann als Vertreter der russischen Monarchisten der General Wikupski tritt.

Rachdem in der „Freiheit“ bis ins einzelne hinein die verschiedenen Konferenzen, Besprechungen und Komplotte, genau mit Daten belegt, aufgeführt werden, wird eine „Denkschrift“ des Obersten Bauer wiedergegeben, die in einer Memorandum am 22. Juni von den deutschen, russischen und ungarischen Verbündeten angenommen wurde. Sie bringt in phantasiehafter Aufmachung einen gemeinsamen Plan der Konterrevolutionäre, dessen Hauptgedanke Kampf gegen Sowjetrußland, sowie gegen jede revolutionäre Bewegung überhaupt und militärische Bereitschaft gegenüber der Entente ist. Selbst wirtschaftliche Vereinbarungen werden getroffen. Im voraus wird die Herstellung des notwendigen Papiergeldes bestimmt. Für die Bereitschaft der weißgardistischen Bataillone will man durch Anstellung der „besten deutschen Truppendeure“ in Ungarn Sorge tragen. (Siehe das System der Kronjunker und Kronoffiziere in Rommer.). Im Anschluß an die „Denkschrift“ hat Oberst Bauer einen gesamten Aufmarschplan der konterrevolutionären Armee ausgearbeitet. Danach soll Bayern zum Ausgangspunkt der Bewegung werden, demnach, daß Oregisch und sonstige Wehren hier ihre militärische Operationsbasis finden. In den Belagerten der Monarchisten fehlen natürlich nicht terroristische und betrügerische Mittel. Man will ebenfalls alle revolutionäre Führer in einer Nacht verhaften und furchtbar erschrecken. Gerade wie man sich kürzlich gegen 150 Millionen russische Tausend-Rubelcheque bedanken zu können.

Der weisen und wir werden nicht müde, das den Arbeitern zu sagen, daß die Konterrevolutionäre von jeder Art in den Kammern und Reichstagen ihren Spielball haben und setzen und daß sie sich bei Zufall um militärische und bewehrungsmäßige Anwandlungen der Scheidemanns und Brüningens kümmern. Der Nutzen der Forderungen der Konterrevolutionäre nur aufzuheben die Forderung der Arbeiter auf den revolutionären Kampf mit allen Mitteln gegen die Konterrevolution.

Internationale.

Frankreich vor dem Staatsbankrott.

Der ehemalige französische Finanzminister Riez veröffentlicht einen interessanten Artikel über die finanziellen Lage Frankreichs in der „Revue communiste internationale“ in Brüssel. Frankreich war während des Krieges gezwungen, alles das im Ausland zu kaufen, was seine eigenen Fabriken und Schiffen für die nationale Verteidigung hätte liefern sollen. Jeder der Staat der Staatsbankrott nach der Welt geben einen ruhigen Aufbruch der allgemeinen Situation. Riez gibt an, daß Frankreich Ausgaben von 1914 bis Dezember 1919 auf 150 Milliarden Franc beläuft, von denen 116 Milliarden für die Verteidigung der

Nation aufgegangen sind, 35 Milliarden zur Tilgung der Schulden, 22 Milliarden für Ausgaben, die die soziale Solidarität sichern sollten, 12,5 Milliarden zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete und 19 Milliarden für öffentliche Angelegenheiten.

30 Prozent der gegenwärtigen Ausgaben können davon zurückgeführt werden, daß die größten Schlichter im französischen Gebiet gelegen sind, wodurch Frankreich gezwungen war, die Lasten allein zu tragen, die es eigentlich mit anderen Staaten hätte teilen sollen.

Frankreich mobilisierte 85 Proz. seiner jungen Männer, die anderen Staaten weit weniger. Frankreich verlor im Krieg von drei seiner Soldaten einen, England einen von sechs, Italien einen von sieben und die Vereinigten Staaten einen von hundert.

Der Klassenkampf in Mexiko.

Im Staate Coahuila (Mexiko) haben die freitenden Bergarbeiter sieben Gruben besetzt und in ihnen den Betrieb aufgenommen. Mit dem größten Eifer verrichten die Bergarbeiter in diesen Gruben ihre Arbeit und halten strengste Disziplin. Der mexikanische Präsident Guerta hat in dem Staate Coahuila Militär geschickt, um die Gruben für die Unternehmer mit Gewalt wiederzugewinnen. Dazu hat sich Guerta nach einer Konferenz mit den Besitzern der großen Eisenwerke im Staate Durango entschlossen, da die Unternehmer infolge Mangels an Kohle den Betrieb einstellen mußten. Infolge der zu erwartenden Kämpfe verlassen die Besitzenden des Staates Coahuila, insbesondere die Amerikaner, fluchtartig die Städte, um sich rechtzeitig in Sicherheit zu bringen.

Der weiße Schrecken in Spanien.

Die Wirtschaftskrise hat in Spanien zu Zuständen der bedrückten Arbeiter geführt, die sich zum bewaffneten Kampf mit der bewaffneten Macht des Bürgertums gesteigert haben. Die spanische Regierung geht gegen die Arbeiter mit der größten Brutalität vor. Sie hat unter den Führern der Arbeiter eine Art Bartholomäusnacht veranstaltet, indem sie sie massenweise verhaften ließ. Die Verhafteten werden nach den Balearen, nach Marokko, nach Fernando Po deportiert. Die Regierung glaubt der Bewegung Herr zu werden, indem sie sie der Köpfe und der Propagandisten beraubt.

30 000 Kommunistenprozesse.

Laut offizieller Mitteilung sind am Budapester Gerichtshof in 16 Monaten ungefähr 30 000 Prozesse erledigt worden, die sich mit „bolschewistische“ Beschuldigten besaßen. An anderen Gerichtshöfen liegen noch ungeheuer viele merkwürdige Prozesse gleicher Art.

Das Gend in Budapest.

Die die Regierungszeitung „Uj Nemzedek“ schreibt, betonen öffentlich wenigstens vier- bis fünftausend Menschen. Die Zahl der geheim Betreibenden ist selbstverständlich viel größer. — Das ist das Antlitz des weißen Ungarns.

Wieder eine erstende Säule der gelben Gewerkschaftsinternationale.

Es sind jetzt keine guten Tage für die reaktionäre englische Gewerkschaftsbürokratie. Braec mußte bereits aus dem Bergarbeiterverband weichen, unter den Eisenbahnern wächst die Unzufriedenheit mit Thomas und nun sehen auch die Angriffe auf Appleton, den Generalsekretär des englischen Gewerkschaftsbundes, ein. Appleton ist einer der verbohrtesten Nationalisten und Reformisten unter den englischen Arbeiterführern; ein Mann ungehörig im Stil von Compers. Bei der letzten Sitzung des Vorstandes des englischen Gewerkschaftsbundes lagen nun aber eine Reihe von Resolutionen aus Gewerkschaften vor, in denen der Rücktritt Appletons gefordert wird. Nach bewährtem Muster versucht Appleton zunächst noch zu „leben“. Die wachsende Revolutionierung des englischen Proletariats wird auch ihn von seinem Thron heruntersetzen.

Lächerlich.

Der Nobel-Ausschuß des norwegischen Storting teilte den Friedenspreis für 1919 dem Präsidenten Wilson, den für 1920 Leon Bourgeois zu. Leon Bourgeois ist der Typus des bourgeois Pazifisten, der in Frankreich die Wilsonschen Völkerbundsideen populär zu machen versucht hat. Das internationale Proletariat hat weder mit dem Internationalismus eines Wilson noch eines Bourgeois etwas zu tun.

Republik Deutschland

Fleischfreigabe und Unterhaltskosten.

Die Freigabe des Fleisches, die am 1. Oktober erfolgte, hat ein unerwartetes Steigen der Kosten des Grundnahrungsgüterbedarfes zur Folge gehabt. Nach Prof. Silbergleits Berechnungen sind sie in Groß-Berlin von 57 M. wöchentlich für einen Mann allein im September auf 60 M. im Oktober gestiegen. Für ein kinderloses Ehepaar liegen die wöchentlichen Ernährungskosten von 98 auf 102 M., für ein Ehepaar mit einem Kind zwischen 7 und 12 Jahren von 117 M. auf 126 M.

Ruzjanski gelangt in der „Finnopolit. Korrespondenz“ zu folgenden Ausgaben im Oktober pro Woche:

	Russ		Finn	
	alt	neu	alt	mit 7 Kindern
Ernährung	56 M.	93 M.	127 M.	
Wohnung	5	9	9	
Beheizung und Beleuchtung	22	23	22	
Unterhaltung	30	50	70	
Bezugs	39	55	70	
Gesamt	152 M.	220 M.	247 M.	
Zus. 20 Familien	14	20	21	

Christlich-nationale Ernährungs-Wirtschaft.

I.

Für Kinder und Kranke fehlt es bekanntlich an Milch und Eiern. Nur Leute mit einem entsprechenden Geldbeutel können sich diese Dinge leisten. Trotz dieses Zustandes werden Säuglinge wochenlang reichlich mit diesen Nahrungsmitteln gefüttert. Auf den Viehmärkten werden die sogenannten Doppel-länder angekauft und zu Viehhäuserpreisen verkauft. Diese Tiere werden viele Wochen mit guter Milch und Eiern gemästet. Der Tagesbedarf eines solchen Tieres wird mit 12 bis 14 Litern Milch und 12 bis 15 Eier nicht zu hoch berechnet. Die Mast dauert vier bis fünf Monate. Ist es nicht ein Skandal in der heutigen Zeit, daß, um einigen Viehhäusern ein Lederbüßchen zu verschaffen, solche Zustände geduldet, ja, sogar von den Behörden gefügt werden? Die Kinder und Kranken läßt man zugrunde gehen und Säuglinge werden gemästet, um den Schmarozkern der Gesellschaft einen guten Bissen zu verschaffen.

Die Agrarier kommen ihren sicher nicht hoch- gemessenen Lieferungs-pflichten einfach nicht nach und geben die Milch lieber den Schweinen als den hungern- den Stadtkindern. Das ist tatsächlich in Inglingen, einem bei Vörrach in Baden gelegenen Dorfe, geschehen. Statt 210 Liter Milch lieferte die Gemeinde insgesamt nur noch 40 Liter ab. Die Arbeiterschaft war darüber allgemein sehr aufgeregt und der Vörracher Staatsanwalt erließ eine An- kündigung, daß er gemeinsam mit dem Gewerkschaftskartell gegen die Ernährungsfabrikanten vorgehen werde. Darüber regten sich die Bauern nicht wenig auf. Sie protestierten gegen diese Ankündigung und setzten sich offenbar durch, denn auf eine Beschwerde des badischen Bauernverbandes wurde von der Staatsanwaltschaft Vörrach mitgeteilt, daß es sich um einen „bedauerlichen Mißgriff eines Urlaubsvorstellers“ handele.

II.

Die aus Bayern gemeldet wurde, „sind in der Nähe von Salzburg 13 Bauern wegen Viehstuhlgelds verhaftet worden. Sie hatten den niedrigen Wasserstand der Salzach ausgenutzt und Vieh durch den Bach getrieben. Es ist also mit der Wahrscheinlichkeit zu rechnen, daß die Viehstuhlgelder in Verbindung mit den Landwirten der Grenzgebiete stehen und so ihr schmutziges Gewerbe zum Schaden der verbrauchenden Bevölkerung betreiben. Es muß dafür gesorgt werden, daß alle Arbeiter nicht nur alles tun, um den Viehstuhlgeld unmöglich zu machen, sondern daß sie auch auf die lästli- chen Bewohner der Grenzgebiete einwirken, damit diese dem Schmuggel von Vieh auf das entschiedenste entgegen treten.

III.

In welcher schamloser Weise der profitgierigste Kapitalis- mus Nahrungsmittel vergeudet, beweist eine Mitteilung, die uns über die Zuckerrüben im Tal der Silesien zugeht. Dort wird ein großer Teil der Zuckerrüben statt zu Zuder, zu Schampeln, d. h. Viehfutter verarbeitet. Soweit dort Zucker erzeugt wird, wird er als Auslandszucker deklariert. Während also die Arbeiterschaft sich kaum noch Zucker kaufen kann, weil er selbst zu Schleichhandelspreisen kaum noch zu haben ist, werden in Zuckerrüben die Rüben in Viehfutter verwandelt. Die Arbeiter müssen die notwendigen Nahrungs- mittel entbehren, damit der kapitalistische Profit weiter ge- würgert wird.

IV.

In Berlin mußten infolge der Teuerung 32 Prozent aller Säuglingsheime, 21 Prozent aller Mütterheime und 25 Prozent aller Krippen geschlossen werden. Die Kinderstiftung der Charité hat weder Wäsche noch Ver- bandstoffe.

V.

Die Konferenz der Ernährungsminister der Länder, die vor einiger Zeit in Weimar stattfand, beschäftigte sich mit einer Reihe wichtiger Fragen der Lebensmittelversorgung. Be- züglich der Getreideversorgung war die Konferenz der An- forderung, daß es sich dringend empfehle, für die nächste Ernte ebenso wie in diesem Jahre möglichst bald Mindestpreise für Getreide festzusetzen, da die hierdurch der Landwirt- schaft gegebene Sicherheit geeignet sei, den Anbau von Sommer- getreide zu fördern. Im einzelnen stellte die Konferenz eine Reihe von Richtlinien auf. Hervorzuheben ist daraus der Vorschlag, zur Förderung der Ablieferung den Landwirten, die ihre Ablieferungspflicht bis zu einem bestimmten hochzu- greifenden Prozentsatz erfüllt haben, für jede weitere Ab- lieferung eine entsprechende Menge Mais zu einem billigen Preise abzugeben, der sich unter dem Preis des Inlandsgetreides hält. Ein allgemeines Ruchensachverbot wurde von den meisten Rednern nicht für zweckmäßig ge- halten, weil viele nicht bewirtschaftete Stoffe zum Ruchen- boden Verwendung finden könnten. Dagegen war man darüber einig, daß der Prozentsatz des Brotgetreidemehles bei den von den Konditorien zubereiteten Kuchen möglichst her- abgesetzt werden soll. Uebereinstimmung ergab sich auch darüber, daß der Absatz der Düngemittel bei der einheimischen Landwirtschaft mit allen Mitteln zu fördern sei. Über die Wege zu diesem Ziele gingen die Meinungen allerdings aus- einander. Allseitig wurde aber anerkannt, daß die Bereit- stellung von Phosphatdünger, vor allem von Thomasmehl, und die Einfuhr der erforderlichen Rohstoffe, nötigenfalls mit Reichsmitteln, beschleunigt durchzuführen sei. Bezüglich der Bekämpfung des Wuchers wurde vor allem auf den Ausbau der Preisprüfungsstellen Gewicht gelegt, die in engstem Ver- bände mit den Vertretern der Erzeuger und Verbraucher Ver- ständnis für die Notwendigkeit einer Selbstbeschränkung in der Forderung auf Verbilligung der Preise erwecken sollen. Man war auch darüber einig, daß jeder wucherischen Ausbeutung ebenso wie dem Schleichhandel mit allem Nachdruck entgegen- getreten werden müsse und daß den Gastwirten eine Sonderstellung auf diesem Gebiete nicht eingeräumt werden könnte. Eine neue Konferenz der Ernährungsminister wird voraussichtlich im Januar in Dresden stattfinden.

Mehr realistische Volksausbeutungspolitik in einen so engen Rahmen zu fassen, dürfte tatsächlich schwierig sein.

VI.

Der Malzverbrauch für die Bierherstellung ist in fort- gesetztem Aufstiege begriffen. Während in den Monaten April bis Juni 1919 der Verbrauch noch 148 000 Doppelzentner betrug, ist er in derselben Zeit des laufenden Rechnungsjahres auf 380 000 Doppelzentner gestiegen. Die gesamte Bier- erzeugung hat sich zur selben Zeit dagegen nur von 5,5 Mill. auf 6,3 Mill. Hektoliter gehoben. Dafür ist aber umso mehr untergäriges Bier erzeugt worden. dessen Produktion hat sich von 2,2 Mill. auf 3,7 Mill. Hektoliter erhöht, während das obergärige Bier zur gleichen Zeit von 3,2 Mill. auf 2,5 Mill. Hektoliter gesunken ist. Die Vollbierherzeugung betrug 124 286 gegen 132 191 Hektoliter im Vorjahre. An Starkbier wurden 2351 Hektoliter erzeugt.

Es gehört jedenfalls zu den Errungenschaften der deutschen Ernährungs-wirtschaft, daß man für die Bierproduktion weitere 232 000 Doppelzentner Brotgetreide zur Verfügung stellt, während die Bevölkerung noch jetzt der Gefahr ausgesetzt ist, die ohnehin schon durchaus unzureichende Brotration noch weiter gekürzt zu erhalten.

Bezüglich der Milchviehförderung der Entente hat auf dem Parteitage des Zentrum in Berlin der Abg. Gronowski die bisher von amtlicher Seite noch nicht be- stätigte Mitteilung gemacht, daß die Franzosen auf die deutschen Milchtiere verzichtet hätten.

Kommunistischer Erfolg bei den Chemnitzer Gemeindevahlen.

Am Sonntag fanden in Chemnitz Neuwahlen der Stadtverordneten statt, bei denen die K. P. D. acht Sitze, die S. P. D. 25 Sitze, die Demokraten 3 Sitze, die Deutschnationalen 14 Sitze und die deutsche Volkspartei 10 Sitze erhielten. Bisher hatten die Kommunisten 2 Sitze, die S. P. D. 33 Sitze, die U. S. P. einen Sitz und die ge- samten bürgerlichen Parteien 23 Sitze gehabt. Von den 10 Sitzen, die S. P. D. und U. S. P. verloren, haben also die Kommunisten 6 Sitze und die Bürgerlichen 4 Sitze erhalten. Gegenüber den Landtagswahlen haben sämtliche Parteien an Stimmen verloren mit Ausnahme der K. P. D. und der Deutschnationalen.

In Einsiedel, einem Industrieort im Chemnitzer Bezirk, erhielt die K. P. D., die bisher im Gemeinde- parlament überhaupt nicht vertreten war, 5 Sitze, die S. P. D., gleichfalls 5 Sitze (gegenüber 11 bei den vorigen Wahlen, und die bürgerlichen Parteien 6 Sitze.

Der natürliche Weg.

Nach einer Meldung des „Vorwärts“ sind während der mehrheitssozialistischen „Roten Woche“ in Hessen-Rhaffau 17 Ortsgruppen der U. S. P. rechts geschlossen zur K. P. D. übergetreten.

Diese 17 Ortsgruppen der Hilferding-Partei haben nun die organisatorische Schlußfolgerung aus der Politik ihrer Führer gezogen. Diese Politik hat sie seit Halle in allen entscheidenden Fragen — in der Sozialisierung sowohl wie in der Annäherung der Beziehungen zu Rußland, um nur ein paar Beispiele zu nennen — an die Seite der Scheidemannner geführt. Was Wunder, daß die Partei- genossen im Lande, das Resultat dieser Politik vorzuziehen, sich mit den Scheidemannnern verschmelzen.

Der Dank des Vaterlandes ist auch gewiß.

„Sie haben ein Gesicht, wie ein Verbrecher.“

Also kreischte eine deutschnationale Dame in einer konservativen Versammlung in Frankfurt a. M. einen Kriegsbeschädigten an, der im Kriege ein Auge verlor. Der Kriegsbeschädigte hatte sich nämlich „erdreißet“, zwischen- rufe während des Referats des alldeutschen Geseseres von Graefe zu machen. Nach der unerhörten Beleidigung durch die deutschnationale Megäre kam es zu Tumulten. Die provozierten anwesenden Genossen trieben die freien patrio- tischen Schimpfzüge zu Paaren und machten aus der Graefe- versammlung eine kommunistische Rundgebung.

Kapitalistische Wirtschaft.

Die Weltkrise.

Krise in der norwegischen Fischereindustrialie.

Die norwegische Fischereindustrialie wird gegenwärtig von einer „Absatzkrise“ heimgesucht, deren Ausgang vorläufig noch nicht zu ermessen ist. Während auf dem europäischen Fest- land und besonders in Deutschland die Hungersnot immer größer wird, leidet der norwegische Fischexport unter einem ungeheuren Ueberschuß an Fischen. Man schätzt, daß sich dort im privaten Besitz noch 600 000 Fässer Frühheringe und ca. 200 000 Fässer Fettheringe befinden. Die Exportanten wissen nicht, wohin damit, da vor allem die südeuropäischen Märkte die Einfuhr fast ganz eingestellt haben. Wahr- scheinlich ist die verminderte Kaufkraft Rußlands dieses Mißstandes.

Für Deutschland lagert in Norwegen noch eine Rest- partie von 700 000 Fässern, die bis Ende Februar n. Js. zur Verschiffung gelangen soll. Ob diese Menge jedoch noch verbraucht werden kann, ist sehr zweifelhaft, da inzwischen bereits aus England, Holland, Island und Schweden frühe Heringe in genügender Menge eingeführt werden. Im Interesse der notleidenden Bevölkerung ist jedoch unbedingt zu fordern, daß der Einfuhr von Heringen nach Deutschland keine Schwierig- keiten in den Weg gelegt werden.

Die Lage der Schweizerischen Papierindustrie.

Die beiden Baseler Papierfabriken Dier u. Co. und Stöcklin u. Co. haben der „Neuen Züricher Bg.“ zufolge, seit einiger Zeit den Betrieb ihrer Fabriken völlig ein- gestellt, die eine bereits seit mehreren Wochen, die andere seit dem 15. November. Dabey sind etwa 200 Arbeiter beschäftigungslos geworden. Als Grund der Betriebs- einstellung wird die völlige Absatzlosigkeit angegeben. Außer den beiden Baseler Papierfabriken soll in nächster Zeit noch eine Anzahl weiterer Schweizerischer Papierfabriken ihren Betrieb ein- stellen oder zum mindesten recht erheblich einschränken.

gestellt, die eine bereits seit mehreren Wochen, die andere seit dem 15. November. Dabey sind etwa 200 Arbeiter beschäftigungslos geworden. Als Grund der Betriebs- einstellung wird die völlige Absatzlosigkeit angegeben. Außer den beiden Baseler Papierfabriken soll in nächster Zeit noch eine Anzahl weiterer Schweizerischer Papierfabriken ihren Betrieb ein- stellen oder zum mindesten recht erheblich einschränken.

Nachdem die beiden Baseler Papierfabriken Dier u. Co. und Stöcklin u. Co. ihren Betrieb eingestellt hatten, haben inzwischen auch noch die Papierfabriken von Perlen, Servitroz, Verloig u. Tenero die Produktion eingestellt. Alle übrigen Fabriken haben sich zu zeitweiser Stilllegung des Betriebes oder Abstellung einzelner Papiermaschinen gezwungen, so daß heute nur noch ein kleiner Teil aller Maschinen läuft.

Betriebs-Einstellungen und -Einschränkungen in Schweden.

Alle Arbeiter bei den schwedischen Schwefelkiesgruben der Stockholms Superphosphate Fabrik AB in Ervalla sind entlassen worden, der Betrieb wird bis auf weiteres eingestellt. — Sämtliche Arbeiter der Aina Stjortfabrik (Hemdenfabrikation) sind zum 15. Dezember entlassen. Der Betrieb soll dann eingestellt werden. — Amotfors Pappersbruk AB (Papierfabrikation) teilt ihren Arbeitern mit, daß sie eine Einschränkung der Ausgaben, besonders des Lohnkontos, vornehmen muß, und zwar ein- weder durch Verminderung der Arbeiterschaft oder Herab- setzung der Löhne. Allen Arbeitern ist formell gekündigt worden.

Die rumänische Wirtschaftskrise.

Bukarest, 5. Dezember. „Kosta Wien“. Laut „Moniteur du Pétrol Roumain“ war die Lage der rumä- nischen Petroleumindustrie im November sehr ungünstig, da trotz der Beendigung des Generalstreiks noch immer 20 % der Arbeiter ihre Arbeit nicht aufgenommen haben. Die Versorgung Rumäniens mit Petroleum ist gefährdet, da General Averescu, der interimistische Industrieminister den größten Teil der Produktion in das Ausland ausführen läßt. Die Weizenerte in Rumänien ist sehr schlecht aus- gefallen. Um die Aushaft (900 000), während die Ernte im alten Rumänien nur 760 000 Lo. betrug) aufzubringen, muß auf die alten Bestände zurückgegriffen werden. Ebenso war die heutige Maiserte eine Missernte (2 1/2 Millionen Hektoliter weniger als der Durchschnittsertrag 1910/14). In Rumänien herrscht Brotmangel.

Die Krise in Amerika.

Amsterdam, 9. Dezember. Nach einer Meldung des „Telegraaf“ aus New-York hat die General Electric Com- pany 3000 Angestellte entlassen. Man erwartet im Laufe der Woche die Entlassung weiterer 2500 Arbeiter.

Die Baumwollkrise.

Die Lage der englischen Baumwollindustrie hat sich in den letzten Wochen weiter verschlechtert. Das General- komitee der Baumwollspinnervereinigung hat neuerdings zwei Entschlüsse gefaßt, die besagen, daß 1. eine einschneidende Einschränkung der Erzeugung auch in den amerikanischen Baum- wolle verarbeitenden Betrieben notwendig sei und daß 2. allen Mitgliedern der Vereinigung dringend zu empfehlen ist, die Verkürzung der Arbeitszeit bis auf weiteres auf 50 % aus- zubehalten. Danach soll künftig nur noch am Mittwoch, Donnerstag und Freitag jeder Woche gearbeitet werden, während die Betriebe an den anderen Wochentagen zu schließen haben.

Der Stillgang der Herstellung von Baumwollwaren macht sich jetzt auch in den Lagerhäusern und Verschiffungs- häusern Manchesters fühlbar. Ein Teil der Heamten mußte entlassen werden. Viele Firmen haben den Betrieb fast ganz eingestellt. Aus Nachforschungen der Bureau of Weaver's Association geht hervor, daß die Erzeugung um 70—75 v. H. beschränkt ist. In vielen Spinnereien wird nur von Tagesanbruch bis zum Eintritt der Dunkelheit, also etwa 7 Stunden, gearbeitet und zwar nur an zwei Wochen- tagen. Der Durchschnittslohn beträgt etwa 1 Pfund. Die Woche für erwachsene Arbeiter. Die Association besitzt 32 000 Mit- glieder und 90 v. H. dieser Mitglieder in Duraleys beziehen nur 30 v. H. ihrer Löhne (16 v. H. der Mitglieder sind Frauen und Mädchen). Das Elend ist sehr groß und die Leute müssen ihre Sachen verkaufen. Dieser Zustand hält schon seit April an. Die Gesellschaft zahlt keinerlei Beihilfen. Die Lage in der Baumwollindustrie ist seit dem amerikanischen Bürgerkrieg niemals so ungünstig gewesen. In Gladstone haben beispielsweise in der dritten Novemberwoche 28 Spin- nereien ihren Betrieb eingestellt, in Preston sind die Aus- sichten nicht viel besser.

Provinz.

Warnung!

Wir warnen vor einem gewissen Josef Reihner, angeblich aus Wien, der sich als Flüchtling ausgibt und die Ortsgruppen zur Unterstützung angeht. Es stellte sich heraus, daß er ein Schwindeker ist. Als Ausweis hat er eine Mitgliedskarte der K. P. D., Ortsgruppe Tempfla. Die Tempflinger Genossen warnen vor ihm, da er im Verdacht der Spionage steht. Weiterleitung Schleien der K. P. D.

Altwasser.

Den Mitgliedern der U. S. P. Ortsgruppe Altwasser, zur Kenntnis, daß wir gegen 3 Stimmen zur Vereinigung kommunistischer Partei Deutschlands übergetreten sind und damit auch unsere Beiträge wie bisher an den Kassierer, Gemein-

